

# Für die Griechen wird es hart

Premier Papandreou will das Land mit Schockprogramm vor dem Bankrott retten

Wenn man nicht wüsste, worum es geht, könnte man denken, Griechenland steht vor einem Krieg: «Ich fordere Sie auf, zu kämpfen, wie wir es in anderen Zeiten für unser Haus und unsere Familie tun würden», sagte Ministerpräsident Papandreou in einer dramatischen, landesweit ausgestrahlten Fernsehansprache.

TAKIS TSAFOS, ATHEN (DPA)

Es ging um ein neues «Nationales Ziel», wie es der Regierungschef nannte – um ein seit langem erwartetes Schock-Sparprogramm –, mit dem Griechenland vor dem Bankrott gerettet werden soll. «Nur der mythische Held Herkules kann das schaffen», kommentierte ein Radiomoderator Minuten nach der Ankündigung der Massnahmen. Die Schulden sind immens: Auf mindestens 300 Milliarden Euro belaufen sich die Verbindlichkeiten.

Wer setzt das Paket in die Tat um?

«Rettungspaket mit schmerzhaften Massnahmen» lautete der Tenor in der Athener Zeitung «Ta Nea»: Kürzung der Gehälter zwischen 4 und 6 Prozent beim Staat; niemand wird in diesem Jahr im öffentlichen Dienst eingestellt. Alle Ministerien und staatlichen Unternehmen müssen ihre Budgets um 10 Prozent kürzen. Auf Immobilien werden neue Steuern erhoben. Treibstoff soll mit einer neuen Steuer von 7 Cent belastet werden. Zigaretten und Spirituosen sind schon 20 Prozent teurer geworden. Die Steuerbeamten sollen Rechtsanwälte und Ärzte, aber auch Klempner, Elektriker und Händler, die keine Rechnungen ausstellen und somit die Mehrwertsteuer nicht zahlen, schärfer kontrollieren. Wer Informationen liefert, die zur Erfassung von Steuerhinterziehern führen, soll mit Steuererleichterungen belohnt werden.



«SUBVENTIONEN ODER WIR BLEIBEN» Strassenblockade griechischer Bauern. STOYAN NENOV/REUTERS

«Die Frage ist jetzt, wer setzt dieses Wunderprogramm in die Tat um?», fragt der Steuerberater Nikos Wroussis. Denn wenige Stunden nach der Ankündigung gab es schon die ersten Reaktionen: Die eigentlichen Kontrolleure, die Steuerbeamten, sind wegen der angekündigten Kürzung ihrer Gehälter für zwei Tage in den Streik getreten. Am 10. Februar wollen alle Staatsbediensteten für 24 Stunden streiken.

Griechenlands Regierungen haben nach Ansicht von Panagiotis Petrakis, Wirtschaftspraxisprofessor an der Universität von

Athen, das Land Schritt für Schritt an den Abgrund geführt. Noch vor dem Beitritt in die EU (1981) hätten sich die Regierungen aus den Rentenkassen Gelder geliehen, ohne sie ordnungsgemäss zurückzuzahlen. Damit hätten sie die Infrastruktur finanziert. Jetzt sind die Rentenkassen leer und Athen muss sich Geld leihen, um die Renten zu zahlen. 178 Millionen Euro waren es im Januar, um die Renten der grössten staatlichen Rentenkasse (IKA) zu bedienen.

Subventionen statt Reformen

Dann kam der EU-Beitritt und der Goldsegen in Form von EU-Subventionen. Ein staatlicher Koloss wuchs heran. Fast jeder vierte Grieche ist heute direkt oder indirekt vom Staat abhängig. Wer Mitglied einer Partei war, wurde angestellt. Viele sind Angestellte ohne Büro und Wirkungsbereich. «Sie gehen jeden Monat hin und holen ihr Gehalt ab, sonst tun sie nichts», sagt ein Angestellter des staatlichen Fernsehens.

Viele Griechen wollen nicht begreifen, dass sich etwas ändern muss. Die Landwirte sperren seit drei Wochen die wichtigsten Strassen und die Grenzübergänge nach Bulgarien. Sie wollen mehr «Agrarsubventionen hier und jetzt, sonst gehen wir nicht weg», sagen sie offen jeden Abend im Fernsehen. Seit Jahrzehnten stopft die Regierung den Bauern mit EU-Subventionen den Mund, statt Reformen in die Wege zu leiten, die zu anderen und marktfähigen Produkten führen würden.

## EU setzt Griechenland Frist bis 2012

Mit einer strikten Überwachung der griechischen Staatsfinanzen will die EU-Kommission Athen zur Haushaltsdisziplin zwingen. Das hoch verschuldete Euro-Land werde künftig «genau beobachtet werden», erklärte Währungskommissar Joaquín Almunia. Athen soll künftig alle drei Monate über seine Bemühungen zur Haushaltskonsolidierung Bericht erstatten. Sollte das von Griechenland vorgelegte Sparprogramm nicht ausreichen, um 2012 den EU-Stabilitätspakt wieder einzuhalten, werde Brüssel Athen zusätzliche Sparmassnahmen verordnen. Die Kommission empfahl den EU-Finanzministern, Griechenland tiefgrei-

fende strukturelle Reformen zu verordnen. Notwendig seien unter anderem eine schlankere öffentliche Verwaltung und eine Reform des Renten- und Gesundheitssystems. Das griechische Sparprogramm enthalte zwar entsprechende Ankündigungen, diese seien aber teilweise zu vage, kritisierte die Kommission. Mitte März soll Athen einen genauen Zeitplan für die Schritte vorlegen, die nötig sind, um die Neuverschuldung in diesem Jahr auf 8,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zu senken. Ab Mitte Mai soll Griechenland dann vierteljährlich einen Rechenschaftsbericht über seine Fortschritte ablegen. (DDP)

Gisler



MARKUS GISLER

## Griechenland wird zur Gefahr für die Schweiz

MAN KANN die unsägliche Griechenland-Saga ja auch mal von der anderen Seite betrachten: Zum Glück gibt es die EU, welche diesen verlotterten Staat an die Kandare nimmt. Im globalen Wettbewerb geht ein Land, das seine Wettbewerbsfähigkeit durch einen viel zu teuren Staatsapparat, eine gigantische Verschuldung und jetzt – wo die Weltkonjunktur eingebrochen ist – auch noch durch ein horrendes Defizit verloren hat, zugrunde. Kein Konzern investiert in einem Land mit einer Staatsverschuldung von 120 Prozent (Ende 2010) des BIP und einem Staatsdefizit, das im letzten Jahr annähernd 13 Prozent des BIP ausmachte.

AUF SCHWEIZER VERHÄLTNISSE umgemünzt stünde der Bund mit einem Budgetdefizit von 58 Milliarden Franken da, und wir schoben einen Schuldenberg von etwa 540 Milliarden Franken vor uns her. Griechenland hat schlicht nicht mehr die Kraft, sich allein zu retten. Der EU aber bleibt nichts anderes übrig, als die Rolle des strengen Vaters zu spielen, der seinen Sprössling zur Brust nimmt. Von Brüssel fremdbestimmt, muss Premier Papandreou alle drei Monate vortragen und Sparerfolge aufzeigen. Welch eine Demütigung für ein stolzes Land, das sich rühmen darf, die Geburtsstätte der Demokratie zu sein.

NUN WÄRE DAS FÜR EUROPA eine unschöne, aber letztlich kleine Episode, wenn nicht auch noch Irland, Portugal, Spanien und Italien mit den gleichen Problemen kämpften, nicht zu reden von Lettland, Ungarn und indirekt auch die Ukraine. Alle sind sie überschuldet, haben marode Banken und sind kaum mehr wettbewerbsfähig. Ihre Unternehmen sind mehrheitlich am Boden, sie verdienen nichts mehr, den Staaten fehlen Steuereinnahmen, während die Staatsausgaben wegen der Ankerbelungsprogramme erst recht explodieren. Nicht zu reden von den Arbeitslosenquoten (Spanien fast 20 Prozent).

DAMIT IST DER EURO mittelfristig infrage gestellt. Dieser kann zwar Griechenland noch verkraften, aber sollte sich eine Kettenreaktion aus Beinahe-Staatsbankrotten ergeben, wäre die EU der Belastung nicht mehr gewachsen, die problematischen Länder müssten aus der Euro-Zone wegbrechen. Damit zeigt sich das fundamentale Dilemma des Euro, auf das schon bei der Einführung 1999 hingewiesen wurde: Ein EU-Mitglied, das seine Wettbewerbsfähigkeit verliert, müsste abwerten können. Deshalb hat bis dato auch noch keine Währungsunion ohne politische Union überlebt.

FÜR DIE SCHWEIZ ist die unsichere Zukunft des Euro eine Gefahr. Je schwächer der Euro, desto mehr wird der Franken zur Alternativwährung. Mit jeder Hiobsbotschaft nimmt der Aufwärtsdruck zu. Die Nationalbank hat zwar gesagt, sie werde alles unternehmen, um den Franken gegenüber dem Euro stabil zu halten. Doch die Gefahr besteht, dass der Druck einmal so gross wird, dass die Dämme brechen.

INSERAT

## Aus-/Weiterbildung

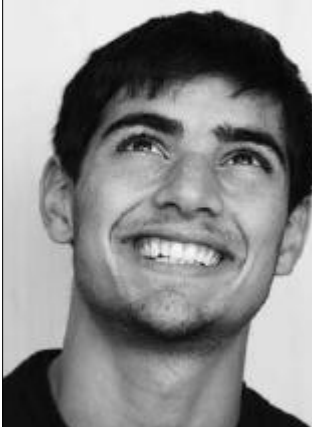
...mich weiterbilden!

Handelsschule VSH  
Wirtschaftsdiplome VSK  
Techn. Kaufleute eidg. FA  
Marketing-/Verkaufsfachleute FA  
Technikerschule HF + NDS  
und vieles mehr...

...attraktive Kantonsbeiträge

**www.teko.ch**  
BASEL • BERN • LUZERN • OLTEN

## Die IBZ-Schulen bilden Sie weiter.



Aktuelle Infoabende (Bitte anmelden):

Nachdiplomstudium NDS  
04.02.2010, 18.00 Uhr, Bern

Berufsausbildung/Informatik  
09.03.2010, 18.00 Uhr, Aarau und Basel

Höhere Fachschule & Berufsbildung  
16.03.2010, 18.00 Uhr, Aarau

Höhere Fachschule:

Dipl. Techniker/in HF  
(eidg. anerkannt)

Maschinenbau  
Betriebstechnik

Neu! **Logistik**  
Hochbau und Tiefbau  
Elektrotechnik  
Informatik  
Kunststofftechnik  
Gebäudetechnik  
Metallbau

Dipl. Wirtschafts-  
informatiker/in HF  
(eidg. anerkannt)

Höhere Berufsbildung:

Prozessfachmann  
Neu! **Logistikfachmann**  
Industriemeister  
Bauleiter Tiefbau  
Bauleiter Hochbau  
Metallbau-Werkstatt- und  
Montageleiter

Metallbaukonstrukteur  
Metallbaumeister  
Elektro-Installateur/in  
Elektro-Projektmeister/in  
Elektro-Sicherheitsberater/in

Berufsausbildung:

Informatiker/in mit eidg.  
Fähigkeitszeugnis  
Basislehrjahr Informatik

Nachdiplomstudien:

HF-NDS Betriebswirtschaftslehre  
für Führungskräfte  
(Managementkompetenz)

Kursbeginn: April/Oktober

Kursorte:

Zürich Bern Basel Aarau Sargans  
Sursee Freienbach/SZ Winterthur  
Zug

Sprachaufenthalte weltweit

**linguista**  
SPRACHAUFENTHALTE

Tel. 061 260 92 70 SALTA  
**www.linguista.ch**

Spende  
Blut –  
rette  
Leben

**www.ibz.ch**

IBZ Schulen für Technik Informatik Wirtschaft  
Zentralsekretariat Brugg  
Telefon 056 460 88 88, E-Mail ibz@ibz.ch

**IBZ**